

Initiative für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung

Die Initiative ist überparteilich und setzt auf die Unterstützung vieler Gruppen und BürgerInnen

Pressemitteilung zum Tag der Erde am 25.4.2010

Zwei Jahre – und noch kein Sozialticket

Am Tag der Erde 2010 sind es zwei Jahre, in denen die Initiative in der Stadtöffentlichkeit und in den kommunalpolitischen Gremien für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung gekämpft hat. 60 Gruppen und Organisationen, nahezu alle, die hautnah die zunehmende Verarmung und Ausgrenzung breiter Bevölkerungsteile Kassels erleben, haben die Forderung nach einem bezahlbaren Ticket für TransferleistungsempfängerInnen für Bus und Bahn unterstützt. 8000 Menschen haben dies mit ihrer Unterschrift bekräftigt.

Trauriges Ergebnis: alle Rathausfraktionen außer der Kasseler Linke.ASG haben geblockt. „Die politisch Verantwortlichen haben in dieser Frage in Kassel versagt“, so Petra Aulepp-Wulff, Sprecherin der Initiative „und das, obwohl Zustimmung zur Notwendigkeit eines Sozialtickets auch von Mitgliedern der SPD, der Grünen und der CDU gekommen ist. Der SPD-Unterbezirksvorstand hat in einem Gespräch am 14.4. die Einführung grundsätzlich befürwortet.“

Auch die Einführung eines **Sozialpasses** wird nicht geprüft. Dabei wären womöglich Firmen, Sportvereine und Kultureinrichtungen gemeinsam mit den Bezugsberechtigten sehr interessiert daran. Selbst ein kleiner Ausweis, der den Betroffenen die entwürdigende Zurschaustellung ihres Leistungsbescheides ersparen würde, ausgestellt von Sozialamt und AFK, wurde nicht gewollt. Er hätte praktisch nichts gekostet. Der Schwalm-Eder-Kreis stellt solche Ausweise problemlos zur Verfügung.

Der Gipfel des Skandals: im November wurde der Bevölkerung vom Kämmerer Dr. Barthel und dem sozialpolitischen Sprecher der SPD Dr. Schnell eine Verbilligung des bestehenden „Diakonietickets“ um 5.- € versprochen - allerdings bei gleichzeitiger Beschränkung der Gültigkeit auf den Stadtbereich Kassel. Die KVG wäre dazu bereit, das Angebot anzubieten, falls die Stadt die Bürgschaft übernimmt für ein eventuell entstehendes Defizit. Aber nicht einmal hierzu ist die Stadt bereit.

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind in unserer Stadt offenbar nicht gewollt.

„Wir werden weiter Gespräche führen und Bündnisse knüpfen, damit die Forderung nach einer probeweisen Einführung des Sozialtickets nicht verloren geht und damit wenigstens die minimalen Verbesserungen der Lage der Ärmsten durch einen Sozialausweis und ein verbilligtes Diakonieticket noch in diesem Jahr umgesetzt werden“, so Petra Aulepp-Wulff.

„Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen in Kassel, die Spaltung der Stadtgesellschaft in Arm und Reich nicht weiter voranzutreiben, sondern Gelder in dringend notwendige soziale Projekte für Lebensqualität und Chancengleichheit für das ärmere Viertel Kassels zu investieren. Es gibt genug Investitionen in Beton, bei denen das Geld hierfür eingespart werden kann.“